

Es informiert Sie	Salaheddine Amaadachou
Telefon	+49 202 563 2336
E-Mail	salaheddine.amaadachou@stadt.wuppertal.de
Datum	24.01.2024

---

## **Niederschrift**

### **über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Gesundheits-, Alters- und Pflegekonferenz (SI/1162/23) am 22.11.2023**

Anwesend sind:

Herr Uwe Benn, Herr Erhard Werner Buntrock, Herr Detlef Burmeister, Herr Andreas Dankbar, Herr Dr. Heinz de Moll, Frau Alexandra Dicken, Herr Guido Gehrenbeck, Herr Dr. Christoph Glaser, Frau Birgit Görden, Herr Volker Heuwold, Herr Paul Hinz, Frau Michaela Höhne, Frau Suzanne Kettig, Frau Gea Kirchner, Herr Thomas Kirst, Herr Dieter Klempert, Herr Dr. Stefan Kühn, Herr Michael Lehnen, Frau Heike Löber, Frau Christel Longrée, Frau Bärbel Mittelmann, Frau Stephanie Rühs, Frau Cornelia-Maria Schott, Frau Eva Schroeder, Frau Susanne Tetzlaff, Frau Martina Völker, Frau Dr. Ute Wenzel, Herr Rojan Yalcin, Herr Frank Fröhlich, Frau Camelia Bluschke, Frau Anke Kirchmann-Bestgen, Frau Pieper-Boustani

Schriftführer: Herr Salaheddine Amaadachou

Beginn: 14:05 Uhr

Ende: 15:45Uhr

## I. Öffentlicher Teil

---

### 1 Begrüßung

---

### 2 Verabschiedung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde verabschiedet

---

### 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.08.23

Das Protokoll der Sitzung vom 09.08.2023 wurde genehmigt

---

### 4 Kommunale Präventionsketten - Frühe Hilfen als erster Baustein

Siehe beigefügte Präsentation

---

### 5 Bericht: 1. Treffen des runden Tisches "Entlassmanagement - Pflege"

Aus der GAPKO kam die Anregung, dass die Verwaltung einen Runden Tisch Entlassmanagement einberufen möge, um die Übergänge aus verschiedenen Versorgungsbereichen zu verbessern. Der Runde Tisch hat erstmalig getagt. Anwesend waren die Apothekerkammer, Sozialdienst der Krankenhäuser, Pflegeheime, Betreuungsbehörde und verschiedene Bereiche des Sozialamts.

Eine Grundfeststellung aus dem Termin war, dass in der Regel die Übergänge funktionieren aber es noch Verbesserungsmöglichkeiten und aktuelle Herausforderungen gibt. Das Entlassmanagement der Kliniken ist in rund einem Drittel der Entlassungen beteiligt, das ist ein Indikator dafür, dass in einem Großteil die Entlassungen funktionieren und direkt über die Station abgewickelt werden.

Überleitungsportale funktionieren gut, wenn es um die Suche nach einem Pflegedienst geht, für den stationären Pflegebereich eher ungeeignet, hier helfen meist persönliche Kontakte. Es werden nicht alle Angebote eingestellt.

Es gibt nach wie vor einen Mangel an Kurzzeitpflegeplätzen. Diese vorzuhalten ist unwirtschaftlich, es besteht der gleiche Aufwand bei einer kürzeren Verweildauer wie in der Langzeitpflege.

Ein Problem ist die fehlende oder unzureichende Medikation nach Entlassung aus dem Krankenhaus. Dies und die Probleme beim einzuführenden E-Rezept stellen die Apotheken vor große Herausforderungen.

Problematisch für die Heime ist die Dauer von Betreuungsverfahren. Die lange

Dauer führt zu einer Zurückhaltung bei Aufnahmen von Personen, bei denen die u.a. die Finanzen nicht geklärt sind und nicht klar ist, wer sich kümmert. Dies führt auch dazu, dass auf seitens der Stadt für besonders problematische Personen keine Plätze gefunden werden. Hinzu kommt aber auch, dass Heime den Betreuungsaufwand für diese Personen nur noch schwer leisten können.

Es wird weitere Termine geben, Schwerpunkte der nächsten runden Tische wird das Thema Betreuungen mit dem Amtsgericht, Kostensicherung und Digitalisierung (E-Rezept, Gesundheitskarte u.a.) sein.

In Perspektive bei einer höheren Anzahl von Pflegebedürftigen wird die Stadt auf eine Ausweitung der Angebote im ambulanten und stationären Bereich angewiesen sein. Die Verbindliche Pflegebedarfsplanung wird daher kritisch diskutiert im Hinblick auf eine stärkere Fokussierung auf die schnellere Umsetzung von Bedarfslagen.

---

## 6 Aktuelles zur Krankenhausplanung

Frau Dr. Wenzel berichtet, dass im April 2022 beschlossen wurde die Finanzierungs- und Krankenhaus-Planungsverfahren auf andere Grundlagen zu stellen.

Der neue Krankenhausplan soll es dem Land künftig ermöglichen die Krankenhausstrukturen aktiver zu gestalten. Bisher wurde über die Fallpauschalen geplant, welche entschieden wie lange man wie finanziert im Krankenhaus verbleiben konnte.

Jetzt werden Fallzahlen zugrunde gelegt welche über die Grundversorgung bzw. Maximalversorgung entscheiden. Dazu erfolgt eine Planung auf der Basis konkreter Fallzahlen über sogenannte Leistungsbereiche und Leistungsgruppen in Verbindung mit Qualitätsvorgaben. So lässt sich eine bessere Koordination und Kooperation zwischen den Krankenhäusern mit einer Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung verbinden. Der Krankenhausplan gibt zudem vor, dass ein Krankenhaus mit internistischer und chirurgischer Versorgung für 90 Prozent der Bevölkerung von Nordrhein-Westfalen innerhalb von 20 Autominuten erreichbar sein muss.

Aus der Sicht des Gesundheitsamts der Stadt Wuppertal sind diese Zahlen in einigen Bereichen unzureichend und ohne Zugriff auf die Besonderheiten der Stadt ermittelt worden. Daher wurde um Überprüfung und Korrektur der Fallzahlen gebeten.

Das Gesundheitsamt erhielt entsprechend §14 Abs.3 KHGG NRW die regionalen Planungskonzepte zur Kenntnis und Stellungnahme. Die diesbezüglich verschickten Tabellen enthielten ausschließlich die Planungskonzepte, bei der mindestens eine Betriebsstelle in unserer Stadt einen Antrag gestellt hat.

Im November fanden nun die Planungsgespräche für die Konzepte zwischen Krankenhäusern und Krankenkassen statt. Die Krankenhäuser haben ihr angemeldetes Leistungsspektrum mit den Krankenkassen vertragsorientiert besprochen um das im Rahmenvertrag geforderte Angebot vorzuhalten.

Die Ergebnisse der regionalen Gespräche wurden dem Gesundheitsamt mit der Bemerkung Konsens/Dissens der Vertragsparteien zur Verfügung gestellt.

Die Stadt wurde um Stellungnahme gebeten.

In den zur Verfügung gestellten Unterlagen fanden sich wenige, aber dennoch wichtigen Dissensen.

Aus Sicht des Gesundheitsamtes der Stadt Wuppertal sind diese Zahlen in einigen Bereichen unzureichend und ohne Berücksichtigung der Besonderheiten der Stadt ermittelt worden.

Daher wurde um Überprüfung, Ergänzung und Korrektur der Fallzahlen in der Stellungnahme gebeten.

Vom Gesundheitsamt aus haben wir uns entsprechend insbesondere den geographischen (bedingt hohe Fahrtzeiten durch das langgezogene Tal), sozialen (hohe Anzahl von psychiatrischen und kinderpsychiatrischen Erkrankungen mit langen Wartezeiten zur stationären Therapie), und auch krankenhausspezifischen Besonderheiten (Schließung 2er Krankenhäuser in der Umgebung und Ermangelung eines Hauses der Maximalversorgung in Mettmann) in der Umgebung positioniert.

Insbesondere ist es nicht einverstanden mit der Reduzierung von kinder- und jugendpsychiatrischen Betten, Betten in der Erwachsenenpsychiatrie, mit der Reduzierung der kardiologischen Intervention im Westen der Stadt, da eine Kardiologie nach Osten verzieht, mit der neurologischen Ausstattung (Stroke Unit und Früh Reha) im Westen der Stadt, bei Reduzierung der Krankenhäuser im Westen (Haan und Solingen, und auch nicht mit Reduzierung/bzw. Streichung der Palliativbetten im Petruskrankenhaus.

Das Gesundheitsamt geht von einer Nachbesserung aus.

---

## **7 Bericht zur Anpassung des Belastungsausgleichs in der Abteilung Schwerbehindertenrecht**

Die Stadt Wuppertal führt für das Bergische Städtedreieck das Feststellungsverfahren nach dem Schwerbehindertenrecht durch. Im Ergebnis wird in der Regel eine Schwerbehinderung anerkannt und ein Ausweis ausgestellt. Der Verbund Remscheid, Solingen und Wuppertal ist einer der größten in NRW. Das Land hat nun trotz Protesten entschieden, dass die drei Städte eine faktische Stellenkürzung von rund 6 Stellen vornehmen müssen. Hier wurden Fallzahlen aus der Corona – Pandemie zugrunde gelegt. In dieser Zeit gab es tatsächlich weniger Anträge, diese bewegen sich nun aber wieder auf Vor-Corona-Niveau.

Das Land war lediglich zu dem Zugeständnis bereit, die Fallzahlen bereits Ende 2024 wieder zu prüfen, bis dahin wird es zu einem Stellenabbau bzw. Kürzung der Gelder kommen. Das wird zwangsläufig zu längeren Laufzeiten und Serviceeinschränkungen führen.

---

## **8 Seniorenwegweiser 2023**

Der Seniorenwegweiser ist mit einer neuen Auflage erschienen.

---

**9**      **Verschiedenes**

Die Stadt Wuppertal hat die im Rahmen des Stärkungspakts NRW vom Land zur Verfügung gestellten 4,65 Mio Euro zwischenzeitlich für soziale Projekte und Träger und vor allem auch Einzelfallhilfen nahezu komplett ausgegeben bzw. verplant.

Dr. Stefan Kühn  
Vorsitzender

Salaheddine Amaadachou  
Schriftführer